

Herr Reichsbischof !

Die unterzeichneten Professoren und Dozenten der evangelischen Theologie bitten, Ihnen folgende Erklärung unterbreiten zu dürfen.

In Ihrem durch den Ev. Pressedienst am 10. November den Tageszeitungen zugeleiteten Erlass haben Sie Erklärungen veröffentlicht, die ^{durch} ~~die~~ Auslegung des Erlasses des Herrn Stellvertreters des Führers des NSDAP H e s s vom sowie Ihres eigenen Erlasses vom bestimmt werden soll. ^{da} ~~An~~ diese Erklärungen, zu denen wir im Uebrigen nicht Stellung nehmen, ^{schließen} ~~schliessen~~ Sie folgende Sätze an:

" Da ich von dem inneren Recht ~~der~~ unserer Glaubensbewegung (gemeint ist: die "Glaubensbewegung Deutscher Christen") absolut überzeugt bin, so traue ich ihr auch die Kraft zu, die Gegnerschaft innerlich zu überwinden. Der kommende volksmissionarische Kampf wird unseren Gegnern zeigen, wie wir arbeiten. Er wird so geführt werden, dass diejenigen ~~Gegner~~, die uns nicht aus rein politischen Gründen Widerstand leisten, in unsere Gefolgschaft treten."

Wir verkennen nicht, Herr Reichsbischof, dass diese Sätze in Ihrem Sinn zu ~~schärfstem~~ Ausdruck bringen sollen, wie stark Sie von dem inneren Recht der Glaubensbewegung, deren Schirmherrschaft Sie übernommen haben, überzeugt sind. Ebenso unverkennbar aber ist es, dass diese Sätze, wie sie lauten, gar nicht anders zu verstehen sind, als dass alle, die nach dem angekündigten ~~Kampf~~ volksmissionarischen Kampf ~~sich/der/Glaubensbewegung~~ nicht in die Gefolgschaft der Glaubensbewegung treten, nur aus rein politischen Gründen Widerstand ~~gleisten~~.

Die unterzeichneten Lehrer deutscher evangelischer Theologie erklären demgegenüber im Sinne von Tausenden deutscher evangelischer Pfarrer und ^{von Gemeinden} Millionen deutscher evangelischer Gemeinden, dass für uns und alle, für die wir sprechen dürfen, ausschliesslich Gründe des evangelischen Glaubens und des christlichen Gewissens bestimmend gewesen sind und bleiben werden, uns der Glaubensbewegung Deutscher Christen nicht ^{anzuschliessen} ~~anzuschliessen~~, sondern ihr in den für solche Kämpfe angemessenen Formen Widerstand zu leisten.

Wir erheben gegen die Glaubensbewegung Deutscher Christen, wie sie von ihrer Reichsleitung vertreten und geführt wird, ~~den Vorwurf~~ die Anklage, dass sie das Wesen der evangelischen Kirche durch ihre nach unserer Ueberzeugung in entscheidenden Punkten schrift- und bekenntniswidrige Lehre und durch den unbestreitbaren ~~bedenkenlosen~~ Missbrauch der Gewalt verleugnet und verdirbt. Wir sind bereit, diesen Vorwurf zurückzunehmen, wenn er in offener und freier Auseinandersetzung widerlegt wird. Wir denken von vornherein nicht daran, ihn gegen die ungezählten Anhänger der Glaubensbewegung zu erheben, die ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse und Personen und

ohne eigene theologische Verantwortung ihr in den guten Glauben anzuhören, damit im Sinne der evangelischen Kirche ~~zu~~ handeln.

Wir legen aber schärfsten Einspruch dagegen ein, dass Sie, Herr Reichsbischof, in Ihrem Sie zu unparteilicher Gerechtigkeit verpflichtenden Amt, uns und alle, die sich von dem inneren Recht der Glaubensbewegung nicht überzeugen können, öffentlich und vorbehaltlos in den Verdacht erscheinen lassen, dass nur rein politische Gründe unseren Widerstand bestimmen, und uns dadurch ~~XX~~ kirchlich ~~diskriminieren~~. Wir erheben Einspruch auch gegen die mittelbare ^{Kritik und} Bedrohung, die nach Lage der Dinge für alle in ihren ausseren Umständen nicht unabhängigen Pfarrer und Glieder unserer ^{an} Gemeinden damit geübt wird.

A Wir, die wir uns zu dieser Erklärung verbunden haben, haben uns absichtlich nicht über unsere politischen Anschauungen ausgesprochen und wissen nicht, wie weit wir darin verbunden oder geschieden sind. Wir wissen aber, dass wir ohne jede Rücksicht darauf als evangelische Theologen verpflichtet sind, uns selbst gegen Ihren Angriff auf unsere theologische Ehre und Wahrhaftigkeit zu verwahren und Schwächere, soviel wir vermögen, zu schützen. Er ist mit Ihrer wiederholten Versicherung, dass nach Ihrem und des Führers Willen der kirchenpolitische Kampf beendet sein soll, unvereinbar. +)

B Da Sie Ihren Angriff gegen alle, die nicht demnächst in die Gefolgschaft der Glaubensbewegung treten werden, in unbeschränkter Öffentlichkeit vorgetragen haben, übergeben auch wir unsere Verwahrung der Öffentlichkeit, soweit sie uns zugänglich ist.

Abänderungen:

A § Als evangelische Theologen verwerfen und bekämpfen wir jede politische Opposition wie politische Propaganda im Raume der Kirche, ^{deren Aufgabe} ~~die~~ Verkündigung und Auslegung von Gottes Wort ist. Wir müssen es daher als einen Angriff auf unsere theologische Ehre und Wahrhaftigkeit zurückweisen, wenn uns für unser Urteilen und Verhalten "rein politische Gründe" ^{und andere} unterstellt werden. Dieser Angriff, gegen den wir uns hiernit nachdrücklich verwahren, ist mit Ihrer wiederholten Versicherung, dass nach Ihrem und des Führers Willen der kirchenpolitische Kampf beendet sein soll, ganz unvereinbar. Wir wünschen, dass er wirklich beendet und nicht nur als beendet angesehen wird; dem ^{er} ~~gegner~~ eine Frist zur Unterwerfung zu setzen heisst nicht Frieden schliessen.

B § Obwohl Sie Ihren Angriff gegen alle, die nicht demnächst in die Gefolgschaft der Glaubensbewegung Deutscher Christen treten werden, in unbeschränkter Öffentlichkeit vorgetragen haben, verzichten wir zunächst darauf, auch unsere Verwahrung der Öffentlichkeit, soweit sie uns noch zugänglich ist, zu übergeben. Wir erbitten und erhoffen vielmehr, dass Sie, Herr Reichsbischof, alsbald Gelegenheit nehmen, durch eine entsprechende Erklärung festzustellen, dass bei dem volksmissionarischen Kampf der Glaubensbewegung jede politische Verdächtigung ausgeschlossen ist.

Wahlrecht - Verküht

Wahlrecht!

Wahlrecht! Wahlrecht!

Wahlrecht! Wahlrecht! Wahlrecht!